



Politik für Einsteiger

I. Lösungen und Unterrichtsanregungen

AB 01 Politik im Alltag –

Ist manchmal mehr drin, als draufsteht?

Die gezeichneten Beispiele aus dem Alltag verdeutlichen, wo und wie politische Entscheidungen unser Leben beeinflussen. Die Schüler*innen sollten ihren Gedanken freien Lauf lassen, und alle Überlegungen und Beobachtungen sollten in die Diskussion einbezogen werden.

Zuerst beschreiben die Schüler*innen, was durch die Illustrationen dargestellt wird. Außerdem bietet es sich an, gemeinsam nach Kategorien zu suchen, unter denen die Beispiele zusammengefasst werden können. In einem weiteren Schritt wird überlegt, wie die Politik in diesen Bereichen tätig wird. Zusätzlich können die Schüler*innen nach weiteren Beispielen suchen. Besonders in höheren Klassen kann die Aufgabe gestellt werden, Querverbindungen zwischen den verschiedenen Beispielen und/oder Kategorien zu ziehen.

➔ Im zweiten Lösungsteil finden Sie eine beispielhaft ausgefüllte Tabelle. Sie enthält eine kleine Auswahl von Antwort- und Lösungsmöglichkeiten. Für die Auswertung des Arbeitsblattes kann eine solche Tabelle an die Tafel gezeichnet und anschließend gemeinsam ausgefüllt werden.

AB 02 Geht mich das was an?

Eigenverantwortung und Politik

— Zu Aufgabe 1b

Hier können wie bei **AB 03** auch Arbeitsgruppen gebildet werden, die die jeweilige Forderung nach dem dort beschriebenen Schema bearbeiten.

— Zu Aufgabe 1c

Hier geht es nicht um exakte Prozentzahlen, sondern lediglich um die Tendenz.

— Vorschläge für die jeweiligen Trends und Hinweise zu den Lösungsansätzen:

Schuluniformen einführen (Beschluss der Schule; Vorgabe durch das Kultusministerium; Schüler*innen einer Schule einigen sich untereinander): 50 % Politik

Weg mit der Schulzeitverkürzung (Rücknahme der Reformen durch Landesregierung; Meinung kundtun durch Briefe, Demos, Wahlen): 80 % Politik

Gesamtschulen für alle (Beschluss durch Landesregierung/Kultusministerium und Zustimmung des Landtages; Meinung kundtun durch Briefe, Demos, Wahlen): 80 % Politik

Gleiche Chancen in der Bildung (Chancengleichheit als Aufgabe der Politik): 100 % Politik

Saubere Toiletten (jeder* kann Toiletten sauber halten; regelmäßige Sanierung; Putzkraft): 90 % Eigenverantwortung

Kostenlose Schulbücher (Land stellt Geld zur Verfügung, damit Schulen kaufen können; Spenden für Schulen; sorgsamer Umgang mit Leih-exemplaren): 80 % Politik

Mehr Mitbestimmung in der Schule (Kultusministerium kann Vorgaben für Mitbestimmung machen; starken Klassen- und Schülersprecher*innen wählen; aktiv einmischen): 60 % Politik

Mehr Zeit zum Lernen (Ganztagsschulen; privater Nachhilfeunterricht; Lernpatenschaften; Lerngruppen): 60 % Politik

Weg mit den Noten für Betragen (Vorgabe des Kultusministeriums): 100 % Politik

Mehr Geld für Bildung (mehr Geld durch Land und Bund für die Bildungspolitik; mehr private Ausgaben für Bildung; Nachhilfe, Sommersprachkurse, Bildungsreisen; private Stiftungen): 70 % Politik

Kleinere Klassen mit maximal 20 Schülern*innen (mehr Lehrer*innen einstellen): 100 % Politik

Kein Markenzwang bei Klamotten (Regeln in der Klasse aufstellen; Toleranz zeigen; Schuluniformen): 90 % Eigenverantwortung

Faires Verhalten gegenüber anderen Mitschülern*innen (Hilfsbereitschaft zeigen, Teamgeist, Zusammenhalt): 100 % Eigenverantwortung

Gesünderes Essen in der Schule (selbst auf gesunde Ernährung achten; Schulobstprogramm der EU; für entsprechende Angebote im Schulkiosk sorgen; Taschengeld für Obst, statt für Süßigkeiten): 80 % Eigenverantwortung

Ordentlichere Klassenzimmer (Papierkorb benutzen; Platz sauber halten; keine Kaugummis unter die Bank kleben; nicht auf Tische kratzeln; Putzkraft; ausreichend große Räume; Ordnungsdienst in der Klasse einteilen): 90 % Eigenverantwortung

Mehr Miteinander statt Leistungsdruck (Hilfsbereitschaft, Lernpatenschaften; längeres gemeinsames Lernen; Gesamtschule; längere Grundschule; andere Bewertungssysteme): 60 % Eigenverantwortung

Mehr Freizeit (Selbstorganisation im Tagesablauf; weniger Hausaufgaben und mehr im Unterricht schaffen; Lehrplan straffen; neue Lernformen): 70 % Politik

AB 03 Was – Wie – Wer?

Vom Problem zur Lösung

Dieses Arbeitsblatt soll am Beispiel des Klimastreiks dabei helfen, sich mit konkreten politischen Forderungen auseinander zu setzen, diese zu analysieren und zu beurteilen. Täglich begegnet uns eine Vielzahl politischer Forderungen, die von den Bürgern*innen – je nach politischem Standpunkt und eigenen Interessen – bewertet werden müssen. Erst danach kann man entscheiden, ob man die jeweilige Position für sinnvoll erachtet, sie unterstützt oder ablehnt.

Solche Forderungen, egal ob sie von Einzelpersonen, Interessengruppen oder Politikern*innen vorgebracht werden, stehen oftmals am Anfang des politischen Prozesses. Die vorgegebenen Leit- und Zusatzfragen geben den Schülern*innen ein Schema an die Hand, zukünftig den politischen Prozess besser verfolgen zu können.

➔ Im zweiten Lösungsteil finden Sie Vorschläge, wie die Tabelle ausgefüllt werden könnte. Falls sich die Schüler*innengruppen schwer tun, die Fragen zu beantworten, können einzelne Beispiele aus der Tabelle vorgegeben werden.

AB 04 + 05 Wie würdest du das machen?

Das Inselspiel

Beim Insel-Spiel geht es darum, eine Situation zu simulieren, in der das Zusammenleben einer Gruppe geregelt werden soll. Das Spiel ist ergebnisoffen, d.h. es gibt keine ideale Lösung für den Aktionsplan. Von besonderem Interesse sind der Verlauf des Spiels sowie der Einigungs- und Diskussionsprozess. Den Schüler*innen soll verdeutlicht werden, dass es die Hauptaufgabe der Politik ist, das Zusammenleben von Menschen friedlich zu regeln. Dabei müssen unterschiedliche Interessen zusammengebracht und Entscheidungen so getroffen werden, dass alle Beteiligten einverstanden sind und die gefundenen Kompromisse dauerhaft mittragen. Das friedliche und gleichberechtigte Zusammenleben in einer Gemeinschaft bedingt Kompromissbereitschaft.

Insbesondere bei der Auswertung des Insel-Spiels sollte darauf geachtet werden, dass diese Erkenntnisse allen deutlich werden (wichtig für die Auswertung des Spiels; Aufgabe 4). Bezugnehmend auf die **Aufgabe 4c**) kann dieses Spiel sehr wohl beispielhaft für einen politischen Entscheidungsprozess angesehen werden.

Die Begründung der Auswahl, welche Aufgaben die Gruppe angehen soll, dient dazu, die anderen von seiner eigenen Meinung zu überzeugen. Auch dies ist ein Wesensmerkmal demokratischer Strukturen: Überzeugungsarbeit wird auf friedliche Weise mit Hilfe von sachlichen Argumenten geleistet. Das Insel-Spiel kann auch als Übung für die Schüler*innen gesehen werden, Argumentieren und Überzeugen zu trainieren.

— Zu den Aufgaben 3 und 5

Beim Einstimmigkeitsprinzip müssen alle für den jeweiligen Aktionsplan stimmen. Vorteil: Hierbei ist die Wahrscheinlichkeit am höchsten, dass die Interessen aller Gruppenmitglieder berücksichtigt werden und sich alle an den Beschluss halten. Nachteil: Hierbei kann es am längsten dauern, überhaupt zu einer Entscheidung zu kommen.

Je größer die Gruppe ist, umso unterschiedlicher können die Interessen sein. Dann ist Einstimmigkeit nur schwer zu erreichen. Sollte kein Kompromiss gefunden werden, mit dem alle einverstanden sind, so kann überhaupt kein Beschluss gefasst werden. Beispiele für politische Organisationen, die Entscheidungen einstimmig treffen, sind die NATO (Feststellung des Bündnisfalles) und die EU (z.B. Außen- und Sicherheitspolitik; Grundsatzentscheidungen der Staats- und Regierungschefs).

Eine Zweidrittelmehrheit ist leichter zu erreichen als die Einstimmigkeit, und gleichzeitig ist die Zahl der Zustimmenden immer noch sehr hoch. Der Entscheidungsprozess geht schneller, und trotzdem wird noch eine hohe Zahl an Einzelinteressen berücksichtigt. Auch bei dieser Mehrheitsform stehen die Chancen gut, dass die Entscheidung von der Gemeinschaft weitestgehend akzeptiert wird. In Deutschland müssen Grundgesetzänderungen mit Zweidrittelmehrheit (Zweidrittel der Mitglieder des Bundestages; Zweidrittel der Stimmen im Bundesrat) beschlossen werden. Die Zweidrittelmehrheit ist eine Form der qualifizierten Mehrheit, bei der bestimmte Merkmale vorgegeben werden, die bei einer Abstimmung erfüllt werden müssen. Abstimmungen im Rat der Europäischen Union (Ministerrat) gilt 2020 folgende qualifizierte Mehrheit: Mindestens 55% der Mitgliedsstaaten müssen einem Beschlussvorschlag zustimmen. Die zustimmenden Mitgliedsstaaten müssen hierbei mindestens 65% der EU-Bevölkerung vertreten.

Bei der absoluten Mehrheit muss eine Mehrheit aller Gruppenmitglieder erreicht werden. Dies kann dazu führen, dass es eine knappe Mehrheit und eine große Minderheit gibt. Die unterlegene Seite könnte sich dann nicht an den Beschluss gebunden fühlen, weil ihre Interessen nicht ausreichend berücksichtigt wurden. In demokratischen Systemen akzeptiert die Minderheit ihre Abstimmungsniederlage oder versucht auf friedlichem Weg, im Rahmen der Verfassung eine andere Politik durchzusetzen. In der Regel werden die Mehrheitsverhältnisse erst durch Wahlen wieder verändert.

In Deutschland wird der Bundeskanzler*in mit absoluter Mehrheit im Bundestag gewählt (Kanzlermehrheit). Auch wenn der Bundeskanzler*in die Vertrauensfrage stellt, kann er diese nur mit absoluter Mehrheit gewinnen. Ein weiteres Beispiel ist die Zurückweisung von Einsprüchen des Bundesrates durch den Bundestag. Hier bedarf es auch einer absoluten Mehrheit.

Bei der einfachen Mehrheit (auch relative Mehrheit) kann es passieren, dass die Interessen einer Minderheit durchgesetzt werden, weil Nein-Stimmen und Enthaltungen gemeinsam die Mehrheit bilden, Stimmenthaltung jedoch nicht berücksichtigt wird. Im Bundestag wird in der Regel mit einfacher Mehrheit entschieden. Auch in den Länderparlamenten oder im Europäischen Parlament wird so verfahren.

AB 06 Wer vertritt uns da?

Abgeordnete und ihre Arbeit

Richtige Zuordnungen bei den Steckbriefen:

1C (Bündnis 90/Die Grünen), 2E (SPD), 3G (CDU), 4F (FDP), 5B (Die Linke), 6D (AfD), 7A (CSU)

— Zu Aufgabe 1

Bei den Wünschen sollte darauf geachtet werden, dass sie realistisch und erfüllbar sind. Außerdem sollen sie sich auf die Tätigkeit als Politiker*in beziehen. Möglich sind sowohl Wünsche bezüglich des Handelns (Bodenständigkeit oder Bezug zur Bevölkerung nicht verlieren, nicht von Lobbygruppen vereinnahmt lassen oder immer verständlich sprechen) als auch inhaltliche Forderungen (mehr für die Bildungspolitik tun; sich mehr für Jugendliche einsetzen).

Alle Wünsche können auf Kärtchen notiert werden. Die Auswertung der Wünsche sollte vom Lehrer*in moderiert werden und gleiche oder ähnliche Wünsche sollten zusammengefasst/gruppieren werden. Sind alle Wünsche geäußert und an der Tafel bzw. einer Pinnwand angebracht, kann mit Hilfe von Klebepunkten ermittelt werden, welche Wünsche an die Politiker*innen übermittelt werden sollen.

Wenn die Schüler*innen es wollen, können in Arbeitsgruppen E-Mails an jeweils einen der Politiker*innen formuliert werden, in der neben dem bestimmten Wunsch auch erklärt wird, wie und warum dieser zustande kam.

— *Tipps:* Die E-Mail-Adressen der Politiker*innen können über die Homepage des Bundestages recherchiert werden (www.bundestag.de/abgeordnete).

— Zu Aufgabe 2

Hauptziel der Diskussion soll es sein, dass sich die Schüler*innen darüber austauschen, ob und wie sich die fünf Politiker*innen im Laufe der Abgeordnetentätigkeit verändern könnten.

Leitfragen für die Diskussion können sein: Wem traut ihr zu, dass er einmal Minister*in oder gar Bundeskanzler*in wird? Wie werden sich die Hobbies verändern? Ob die Politiker*innen ihrem Lebensmotto treu bleiben? Wird sich die Motivation, warum sie sich in der Politik engagieren, bei Einzelnen (oder allen) verändern?

— Zu Aufgabe 3

Für jeden Politiker*in sollte mindestens eine Arbeitsgruppe gebildet werden (je nach Klassengröße sind auch mehr möglich). Analog zum „Steckbrief 2020“ soll ein „Steckbrief 2040“ erstellt werden. Dabei ist klar, dass dies nicht unbedingt der Realität entsprechen muss, sondern der „Steckbrief 2040“ die Meinung der Arbeitsgruppe wiedergibt.

AB 07 Machtmensch oder Idealist?

Dein Bild von den Politikern

1 Mein Wunschpolitiker

Bei der Ausgestaltung der Skizzen sollte darauf geachtet werden, dass jede Gruppe genau erklärt, warum sie die Politiker so gestaltet hat. In der Aussprache zu den verschiedenen Skizzen können auch Stereotype und Vorurteile („Reden nur“, „sprechen so, dass es niemand versteht“ oder „zu hohe Diäten“, „machtbesessen“, „korrupt“) aufgegriffen werden. Anschließend kann diskutiert werden, woher diese Meinungen kommen und ob und wo man Belege für diese Meinungen findet.

2 Wahlversprechen und die Wahrheit

Beide Aussagen von Bente verweisen auf das Dilemma von Politikern und Parteien, dass sie sich bei Wahlen beweisen müssen und (wieder) gewählt werden wollen. Seit Max Weber und Joseph Schumpeter kann die politische Arena als Markt verstanden werden, auf dem Parteien (ähnlich wie Unternehmen) um Marktanteile und Kunden (Wähler und deren Stimmen) konkurrieren. Die Vorteile dieser Sichtweise sind, dass ein positiver Konkurrenzkampf um die Führung eines Landes (Auslese und Schulung von Führungspersonlichkeiten) stattfindet.

Nach Anthony Downs (Ökonomische Theorie der Demokratie) bringt ein solches Marktverständnis nicht nur Vorteile. Parteien und Politiker haben demzufolge nur dann Erfolg, wenn sie ihre Angebote (Wahlprogramme und Positionen) an die Präferenzen der Wähler anpassen. Dies führt dazu, dass insbesondere bei Wahlen schlechte oder belastende Wahlaussagen von Parteien und Politikern gescheut werden, um die Wahlchancen nicht zu schmälern.

Sicherlich kann man den Politikern den Vorwurf machen, vor Wahlen nicht immer genau zu sagen, was sie vorhaben, wenn sie gewählt werden. Andererseits kann auch gefragt werden, ob Wähler Kandidaten wählen würden, die z.B. Steuererhöhungen oder Leistungseinschnitte ankündigen. Außerdem werden Wahlaussagen oftmals vereinfacht, um Wähler nicht zu verschrecken, wenngleich die politische Realität viel komplizierter ist.

Gerade bei einer Verhältniswahl (Zweitstimme ist ausschlaggebend für die Sitzverteilung im Bundestag) gibt es selten so eindeutige Mehrheiten, dass eine Partei alleine die Regierung stellen kann. Nur nach der Bundestagswahl 1957 hatten CDU und CSU die Möglichkeit, allein zu regieren. Konrad Adenauer (Bundeskanzler 1949–1963) entschied sich dennoch gegen eine Alleinregierung und bildete mit der Deutschen Partei (DP) eine Koalition.

In einer Koalition müssen Kompromisse gebildet werden, was bedeutet, dass die Parteien von ihren Positionen teilweise abrücken. Dies ist für das Funktionieren der Demokratie wichtig, und im Idealfall sind alle demokratischen Parteien im Prinzip miteinander koalitionsfähig. In der Regel versuchen die Parteien ihre Kernforderungen durchzusetzen und die Interessen ihrer Stammwählerschaft ausreichend zu berücksichtigen.

AB 08 Oben oder unten? Die Ebenen der Politik

— Zu Aufgabe 1

Richtige Zuordnung:

Internationale Ebene: a: Vereinte Nationen (UNO); b: Welthandelsorganisation (WTO); c: Internationaler Strafgerichtshof (IStGH); d: amnesty international

Europäische Ebene: e: Europäische Zentralbank (EZB); f: Eurokorps; g: Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE); h: Europäisches Parlament

Nationale Ebene: i: Bundesverfassungsgericht (BVerfG); j: Bundespolizei; k: Bundestag; l: Bund der Steuerzahler

Landesebene: m: Polizei Niedersachsen; n: Landesregierung Thüringen; o: Bayrischer Städtetag; p: Landtag von Baden-Württemberg

Kommunale Ebene: q: Stadtwerke München; r: Städtischer Kindergarten in Horb; s: Kieler Oberbürgermeister; t: Kreistag des Vogtlandkreises

— Zu Aufgabe 2

Korruptionsbekämpfung: alle Ebenen. Korruption kann auf allen politischen Ebenen auftreten und wird mittlerweile auf allen Ebenen bekämpft. Auf internationaler Ebene gibt es seit 2005 eine UN-Konvention gegen Korruption, und auch die Mitgliedstaaten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) haben sich zur Korruptionsbekämpfung verpflichtet. Die Nicht-Regierungsorganisation Transparency International versucht weltweit Korruptionsfälle aufzudecken und gibt jährlich einen internationalen Korruptionsindex heraus. Auch im Rahmen des Europarates (ein Zusammenschluss der europäischen Staaten) haben sich die Mitglieder zur Strafverfolgung von Korruptionsdelikten bekannt. Bundes- und Landesebene sind für konkrete nationale Gesetze gegen Korruption zuständig. Die Strafverfolgung fällt in die Zuständigkeit von Staatsanwaltschaften, die in der Regel dem Justizminister eines Bundeslandes unterstellt sind. In den Kommunen gibt es Beispiele dafür, dass Antikorruptionsstellen geschaffen werden. Dort können Beschwerden eingereicht werden.

Kindergeld erhöhen: N. Kindergeld ist in Deutschland eine staatliche Sozialleistung, fällt in die Zuständigkeit der Bundesregierung und ist im Bundeskindergeldgesetz bzw. im Einkommenssteuergesetz geregelt. Mögliche Erhöhungen müssen von Bundestag und Bundesrat beschlossen werden.

Euro stärken: E; mit Abstrichen N. Die Geldpolitik fällt in die Zuständigkeit der Europäischen Zentralbank (EZB), die vor politischer Einflussnahme geschützt ist. Jedoch können auch die Mitgliedstaaten der EURO-Zone mit einer soliden Finanz- und Haushaltspolitik die Stärke und Stabilität des EURO unterstützen.

Landeshaushalt beschließen: L. Der Entwurf für den Haushalt eines Bundeslandes wird von der jeweiligen Landesregierung erarbeitet und anschließend im Landesparlament (Landtag, Bürgerschaft oder Abgeordnetenhaus) diskutiert und beschlossen.

Frieden in der Welt: I; mit Abstrichen E und N. Die Wahrung des Weltfriedens ist Hauptaufgabe des Weltsicherheitsrates der UNO, aber auch die Europäische Union versucht, im Rahmen ihrer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik zu einer friedlichen Welt beizutragen. Sowohl UNO als auch EU sind bei dieser Aufgabe auf das Verhalten der einzelnen Nationalstaaten angewiesen.

Schutz der Menschenrechte: I und E, mit Abstrichen auch N, L und K. Menschenrechte sind universelle Rechte, die für alle Menschen weltweit gelten. Deshalb haben sich die Mitgliedstaaten der UNO zum Schutz und die Einhaltung der Menschenrechte verpflichtet. Seit 2006 gibt es einen UN-Menschenrechtsrat, der weltweit Menschenrechtsverletzungen nachgeht. In Europa sind es besonders der Europarat und die OSZE, die sich für die Einhaltung der Menschenrechte einsetzen. So existiert seit 1998 der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte, der von jeder Einzelperson angerufen werden kann. Weil Menschenrechte überstaatliche Rechte sind, sind alle Staaten und deren nachgeordneten Gliederungen sowie alle staatlichen Einrichtungen angehalten, die Menschenrechte zu achten und zu schützen. So sind die Menschenrechte fester Bestandteil des Grundgesetzes und können nicht abgeschafft werden.

Umweltschutz: **I**, **E** und **N**; mit Abstrichen **L** und **K**. Die globalen Umweltprobleme wie die Erderwärmung oder das Ozonloch können nur im Rahmen internationaler Vereinbarungen gelöst werden, z.B. Montrealer Protokoll von 1987, Kyoto-Protokoll von 1997 oder Konferenz von Kopenhagen 2009. Im Rahmen des internationalen Umweltschutzes versucht die Europäische Union, gemeinsame Umweltschutzziele verbindlich für alle 27 Mitgliedstaaten festzulegen. Umweltschutzmaßnahmen werden auch im Rahmen der EU-Gesetzgebung für die EU-Staaten vorgegeben. Die konkrete Umsetzung basiert auf nationalen Gesetzen, die vom Parlament beschlossen werden. Für die Klimapolitik gibt es neben einem eigenen Bundesministerium und dem Umweltbundesamt auch auf Länderebene eigene Ministerien. Mittlerweile unterhalten die Kommunen (Landkreise und Städte) eigene Ämter, die sich mit der Umsetzung der Umweltschutzgesetze beschäftigen.

Sicherheit auf Flughäfen: **N**. In Deutschland sind Flugsicherheit und Sicherheit an Flughäfen Aufgaben der Bundespolizei (früher Bundesgrenzschutz).

Energieversorgung: **N** und **K**, mit Abstrichen **E**. Die Energieversorgung vor Ort wird vorwiegend von kommunalen Stadtwerken gewährleistet. Diese beziehen jedoch Strom oder Gas oftmals von (inter-)nationalen Konzernen. Abkommen über Energielieferungen werden von nationalen Regierungen (z.B. zwischen Deutschland und Russland) ausgehandelt. Auch wenn dann private Firmen die Umsetzung übernehmen, bleibt der Staat als Geldgeber oder Bürge involviert. Mittlerweile ist die Sicherung der Energieversorgung auch ein Schwerpunkt in der Arbeit der Europäischen Union.

Kinderbetreuung: **K**, auch **N** und **L**. Die Kinderbetreuung wird in oder von den Kommunen organisiert. Das ist sinnvoll, weil so der tatsächliche Bedarf vor Ort am besten ermittelt werden kann. Jedoch erlassen Bund und Länder Gesetze für die Kinderbetreuung und beteiligen sich an den Kosten.

Kriegsverbrechen ahnden: **I**, mit Abstrichen **L** und **N**. Kriegsverbrechen sind Verstöße gegen das Völkerrecht und können vom Internationalen Strafgerichtshof geahndet werden. Aber auch einzelne Staaten können nach der Beendigung von Konflikten Kriegsverbrechen aufarbeiten.

Interessen der Steuerzahler > vertreten: **N**, mit Abstrichen **L** und **K**. Auf internationaler oder europäischer Ebene werden keine Steuern erhoben. In Deutschland werden die meisten Steuern und Abgaben auf Bundesebene beschlossen, auch wenn die Länder und Kommunen einen Teil dieser Steuern bekommen. Ländersteuern unterscheiden sich zwischen den einzelnen Bundesländern kaum, damit es nicht zu einem zu großen Wettbewerb zwischen den Bundesländern kommt. Kommunen können über die Grundsteuer, die Hundesteuer oder die Gewerbesteuer entscheiden. Hier gibt es tatsächlich unterschiedliche Hebesätze. Die Interessen der Steuerzahler > werden in Deutschland hauptsächlich von dem Bund der Steuerzahler vertreten, aber auch staatliche Einrichtungen wie der Bundes- und die Landesrechnungshöfe kontrollieren, ob die Steuereinnahmen nicht „verschwendet“ werden.

Arbeitslosigkeit: **N**; mit Abstrichen **E**, **L** und **K**. Arbeitsmarktpolitik ist Aufgabe des Bundes (z.B. Hartz-Reformen). Im Rahmen der EU wird versucht, die Arbeitsmarktpolitik der Mitgliedstaaten zu koordinieren. Außerdem gibt es spezielle EU-Förderprogramme. Die Bundesländer können ebenfalls eigene Programme zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit auflegen. Die Betreuung von Arbeitslosen kann auch von den Kommunen übernommen werden.

Gesetze auf Einklang mit der Verfassung überprüfen: **N**; mit Abstrichen auch **E**. In Deutschland prüft das Bundesverfassungsgericht, ob Gesetze und politische Entscheidungen mit der Verfassung, dem Grundgesetz, übereinstimmen. Auf EU-Ebene gibt es den Europäischen Gerichtshof, der u.a. dafür zuständig ist, ob EU-Entscheidungen mit den bestehenden Verträgen vereinbar sind.

Klimapolitik: **I** am wichtigsten, **E**, **N**, aber auch **L** und **K**. Die Klimapolitik ist Teil der Umweltpolitik und umfasst Strategien gegen die globale Erderwärmung und damit verbundene Klimaveränderungen. Sie zielt auf die Reduktion von Treibhausgasen ab. Der Klimawandel ist ein weltweites Phänomen und kann nur durch die Zusammenarbeit der Staaten verhindert werden (z.B. UN-Klimakonferenzen seit 1995, Kyoto-Protokoll von 1997, Pariser Klimavertrag von 2015). Um die international vereinbarten Ziele zu erreichen, müssen auf den anderen politischen Ebenen Strategien und konkrete Maßnahmen umgesetzt werden. Auch im Konsumverhalten und den Lebensstilen der Menschen muss es Veränderungen geben, um die globalen Ziele zu erreichen.

— **Tipp:** Wenn die Aufgabe mit Hilfe eine Internetrecherche gelöst werden soll, können die Online-Lexika der Bundeszentrale für politische Bildung genutzt werden: www.bpb.de/wissen/H75VXG,0,0,Begriffe_nachschlagen.html

Je nach Größe kann die Klasse in Arbeitsgruppen eingeteilt werden, die sich mit jeweils einer oder zwei Aufgaben beschäftigen.

AB 09 Wer macht hier Politik?

Die zentralen Akteure >

1 Akteure > markieren

P A R L A M E N T L E T E N D R O E G B A I
A W V Z R K Y F R E G I E R U N G U G W C S
P S S T A A T S A N W A L T S C H A F T X H
R O U V X A E Z D E T Y W M L D B Y E L H Z
E R Q W N O I T K A R F C D Q X X H F R K R
D E K W O G K X R A I L G V X J L F P V O R
N T Y V E R F A S S U N G S G E R I C H T V
E S H M I N I S T E R P R Ä S I D E N T O L
S I S C T J W P R B X W X J Y B R Q F A R H
N E T S C E S K W V T U P R E S S E H P V Y
E M A G L A G X A U T O L O B B Y F O P P H
T R D E Q R Y X Q M I N I S T E R I N Z X A
H E T Q S I E V V F U U Z W O C L H H H E B
C G R E Y S V E R W A L T U N G O E I W H M
I R A E Q W W D J B L K L O V L H A W X
R Ü T F Z P Q Z O S N R E T H C I R L R J P
H B B H Z G E W E R K S C H A F T F K Q P A
C Y S C L F O M P N O J U X S B X A M C E R
A R F Z E T P U A H R E B O S T A A T S O T
N A J U G E N D R A T Y I L Z D N Y K W N E
G A T D N A L S M A U S S C H U S S X R S I
C C I X J R R K U S E G N Z D D G G D B F I

2 Ebenen und Zuständigkeiten von Akteuren > finden

Zuordnung der Zuständigkeit und der politischen Ebenen:

Abgeordnete (L / B / La / K)	Parlament (L / B / La / K)
Ausschuss (L / B / La / K)	Partei (A / B / La / K)
Autolobby (A / B / La)	Presse (M / B / La / K)
Bürgermeister (E / K)	Regierung (E / B / La)
Fraktion (L / B / La / K)	Richter (J / B / La)
Gewerkschaft (A / B / La)	Staatsanwaltschaft (E / B / La)
Jugendrat (L / K)	Staatsoberhaupt (E / B)
Landtag (L / La)	Stadtrat (L / K)
Ministerin (E / B / La)	Verfassungsgericht (J / B)
Ministerpräsident (E / La)	Verwaltung (E / B / La / K)
Nachrichtensender (M / B / La / K)	Wahlvolk (A / B / La / K)

AB 10 Gibt es da noch mehr?

Akteure > außerhalb der großen Politik (1)

➔ Im zweiten Lösungsteil finden Sie eine ausgefüllte Tabelle mit den richtigen Antworten sowie Informationen zu Mitgliederstruktur, Dauerhaftigkeit und Interessen der Organisationsformen. Falls das Ausfüllen zu schwer ist, kann auch zuerst AB 11 bearbeitet werden. Anschließend können die dort aufgeführten Merkmale richtig zugeordnet werden.

AB 11 Gibt es da noch mehr?

Akteure > außerhalb der großen Politik (2)

Beispiel A: Interessengruppe (Verband, Vereinigung)

eigene Beispiele: Gewerkschaften (z.B. DGB, IG Metall, IG Bergbau, Chemie, Energie, IG Bauen-Agrar-Umwelt, ver.di); Arbeitgeberverbände (z.B. BDA, DIHK, BDI, Gesamtmetall); ADAC; DFB; ADFC (Fahrradclub)

Beispiel B: Neue Soziale Bewegung

eigene Beispiele: Frauenbewegung (Emanzipation), Schwulen- und Lesbeninitiativen (Gleichberechtigung); Umweltschutzbewegung; Anti-Atomkraft-Bewegung (Demos gegen Castor-Transporte); Friedensbewegung (Ostermärsche); Globalisierungskritiker > als globale soziale Bewegung (z.B. ATTAC und Weltsozialforum)

Beispiel C: Bürgerinitiative

eigene Beispiele: lokale Beispiele können über die regionalen Medien ermittelt werden; häufige Themenbereiche sind Verkehrsplanung, Bildungswesen, Kinderbetreuung, Freizeiteinrichtungen, Bauvorhaben

Beispiel D: Nicht-Regierungsorganisation

eigene Beispiele: Greenpeace; amnesty international; Ärzte ohne Grenzen; Transparency International; WWF, FIAN; Human Rights Watch; Oxfam

AB 12 Wie kann ich mich einbringen?

Politische Beteiligung von Jugendlichen

1 Mitentscheiden in der Schule

— Zu Aufgabe 1

Mögliche Formen sind: Wahl eines Klassensprechers > und/oder Schülersprechers >; Klassenrat bilden, Streitschlichter >; Vertrauenslehrer >; eigene Schulprojekte anstoßen; Vollversammlung an der Schule; (offene) Diskussionen und Aussprache innerhalb der Klasse.

— Zu Aufgabe 2a

Der > Lehrer > könnte sagen, dass die Aussage richtig ist, aber dies nicht bedeutet, dass Lehrer > das machen müssen, was die Schüler > wollen (z.B. nur Unterrichtsstoff, der Spaß macht; nur gute Noten vergeben; mehr Pausen). Gleichwohl sollen Schüler > als gleichberechtigte Partner > am Unterrichtsgeschehen teilhaben können, wenngleich der Lehrer > auf Grund seiner Ausbildung und seiner Erfahrungen für die Inhalte und die Rahmenbedingungen zuständig ist.

Der andere Schüler könnte seinem Mitschüler zustimmen oder einwenden, dass man ja in die Schule geht, um etwas zu lernen. Dazu braucht es Lehrer >, die das Wissen aufbereiten, vermitteln und geeignete Vermittlungsformen vorbereiten.

— Zu Aufgabe 2b

„Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.“ steht in Artikel 20 (Absatz 2) des Grundgesetzes. Der Satz verweist auf die Volkssouveränität. Das Volk ist in einem demokratischen Staat der Souverän. Alle Entscheidungen müssen letztlich durch das Volk legitimiert werden. Dies kann durch Abstimmungen, aber auch Wahlen passieren. In repräsentativen Demokratien tritt das Volk seine Souveränität auf eine bestimmte Zeit an gewählte Vertreter > ab.

2 Modelle für Beteiligungsformen

— Zu Aufgabe 1

Zuordnungen: Jugendforum (offen); Jugendbeirat (repräsentativ); Zukunftswerkschaft (projektorientiert)

— Zu Aufgabe 2

Die unten stehende Übersicht der Vor- und Nachteile der jeweiligen Beteiligungsform kann auch in Tabellenform als Tafelbild genutzt werden.

Offene Form (Jugendforum)

Vorteile:

- alle können mitmachen (viele werden angesprochen, und die Hürden zur Teilnahme sind niedrig)
- kein organisatorischer Aufwand (z.B. Wahl)
- freies Arbeiten ohne Formalitäten
- sachorientierte Arbeit
- Flexibilität (wenn neue Herausforderungen auftreten)

Nachteile:

- keine Verbindlichkeit bei der Teilnahme
- keine richtige Legitimation durch Wahlen
- oftmals bleibt nur ein „harter Kern“ übrig (meistens homogene Gruppe)

Repräsentative Form (Jugendbeirat)

Vorteile:

- Legitimation durch Wahlen
- stärkeres Auftreten gegenüber Politikern > und Behörden
- strukturelle Verankerung
- Kontinuität (Wiederwahl)
- oftmals eigene finanzielle Mittel
- meist personelle Begleitung durch eine Geschäftsstelle in der Stadtverwaltung (guter Draht zur Verwaltung)
- kommt politischen Gremien am nächsten

Nachteile:

- Formalitäten (Beschlussfassung, Verwaltungsweg)
- für jüngere Kinder, Mädchen sowie Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund weniger attraktiv (relativ hohe Hürde zur Beteiligung)
- manche Jugendliche lassen sich aus Prestige Gründen wählen, ohne wirklich interessiert zu sein
- abstoßend, wenn negativer Politikbegriff vorherrscht (wie bei den Erwachsenen)
- dauert manchmal lange, bis Ergebnisse sichtbar werden
- Rücksichtnahme auf Bürgermeister >, Gemeinderat, Stadtverwaltung

Projektbezogene Form (Zukunftswerkstatt)

Vorteile:

- zieht die meisten Teilnehmer > an (bis zu 70 % der Beteiligungsprojekte sind so angelegt)
- sachorientierte Arbeit
- Ergebnisse/ Erfolge schneller sichtbar

Nachteile:

- geringe Nachhaltigkeit (Strukturen gehen verloren, wenn Projekt abgeschlossen)
- heterogene Gruppen brauchen viel Unterstützung und Begleitung von außen

Festzuhalten bleibt, dass alle drei Beteiligungsformen Vor- und Nachteile haben. Daher kann nicht von einem Königsweg gesprochen werden. Kinder und Jugendliche werden durch verschiedene Formen der Mitarbeit unterschiedlich stark angesprochen, abhängig vom Alter, der Herkunft und dem sozialen Umfeld.

— **Tipp:** Ausführlichere Informationen zum Thema Beteiligungsformen finden Sie in der Broschüre „Partizipation – Ein Kinderspiel?“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ); die Broschüre kann als PDF-Dokument heruntergeladen werden unter: www.dji.de/fileadmin/user_upload/bibs/4_Partizipation-Ein_Kinderspiel.pdf

— **Tipp:** In Deutschland bieten etwa zwei Drittel der Großstädte und die Hälfte der mittelgroßen Städte Angebote zu Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an der Kommunalpolitik an. Auf den folgenden Seiten kann nach regionalen und kommunalen Formen der Jugendbeteiligung recherchiert werden:

- Servicestelle Jugendbeteiligung: www.jugendbeteiligung.info
- Wegweiser Bürgergesellschaft: www.buergergesellschaft.de
- Übersicht zu Beteiligungsprojekten in ganz Deutschland (Kinderpolitische Landkarte): www.kinderpolitik.de/kinderpolitische-landkarte
- zur Zeit etwa 77 Jugendgemeinderäte in Kommunen in Baden-Württemberg (in der landesweiten Gemeindeverordnung verankert; eigener Dachverband): www.jugendgemeinderat.de

AB 13 Politik mitgestalten, aber wie? Möglichkeiten der Beteiligung

— Zu den Aufgaben 1 und 2

Abhängig von den Ergebnissen kann darüber diskutiert werden, welche Aktionsformen sich die Schüler für sich selbst vorstellen könnten oder welche sie für besonders effektiv halten. Auch hier gibt es außer den verbotenen Aktionsformen kein Richtig oder Falsch. Wichtig ist es jedoch herauszustellen, dass es sehr viele unterschiedliche Möglichkeiten gibt, sich einzumischen und mitzugestalten.

— **Tipp:** Das Onlineangebot des Deutschen Kinderhilfswerks hält mit der „Methodendatenbank“ eine Sammlung von Methoden und Spielen zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bereit. Dort finden Sie z.B. Hinweise zur Durchführung einer Podiumsdiskussion oder Regeln für eine Diskussion. Sie erreichen die Sammlung online unter folgendem Link: www.kinderpolitik.de/methoden.

Außerdem hält die Bundeszentrale für politische Bildung mit der „Methoden-Kiste“ eine weitere praktische Sammlung von Lern- und Arbeitsmethoden für den Unterricht bereit. Sie finden diese unter folgendem Kurzlink: www.bpb.de/36913.

Die Antworten der Schüler können auch mit den Ergebnissen einer Umfrage im Rahmen des DJI-Survey verglichen werden, die sich repräsentativ auf Jugendliche in ganz Deutschland im Alter zwischen 12 und 15 bzw. 16 und 29 Jahren bezieht.

➔ Im Anhang finden Sie zwei Tabellen mit Ergebnissen aus dieser Umfrage als Kopiervorlage.

— Zu Aufgabe 3

Nicht zulässig sind: Haus besetzen; bei einer gewalttätigen Aktion (z.B. mit Sachbeschädigung) mitmachen; Versuchstiere befreien und an einer nicht genehmigten Demonstration teilnehmen

Beim Plakate kleben ist darauf zu achten, dass auch dies von der Kommune genehmigt werden muss. Die Wahl extremer Parteien ist zulässig, solange diese für Wahlen zugelassen sind.

Die politische Beteiligung ist durch die Menschen- und Grundrechte abgedeckt, die in den Artikeln 1 bis 19 des Grundgesetzes (z.B. Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit) verankert sind. Gleichzeitig schreibt das Grundgesetz aber auch vor, dass bei der Inanspruchnahme der Menschen- und Grundrechte (Leib und Leben, Eigentum, Ehre) die Menschen- und Grundrechte anderer Personen nicht verletzt werden dürfen. Außerdem ist es nicht gestattet, diese Rechte dazu zu missbrauchen, gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung in Deutschland vorzugehen.

— Zu Aufgabe 4

Das Zitat soll darauf verweisen, dass Politik nicht nur „in Berlin von denen da oben“ gemacht wird. Politik beginnt im Kleinen: im eigenen Dorf oder der eigenen Stadt, bei der Mitarbeit in einer Bürgerinitiative oder wenn man sich politisch äußert (z.B. Leserbrief schreiben). Auch die Beteiligung an Wahlen stellt eine politische Handlung dar. Wenn man mit einer Situation unzufrieden ist und sich für Veränderung einsetzt (z.B. in der Schule), kann dies ebenfalls eine politische Aktivität sein.

AB 14 Was steckt dahinter?

Die Nachricht hinter der Nachricht

Dieses Arbeitsblatt soll dazu beitragen, Nachrichten besser zu verstehen. Oftmals vermitteln die Medien nur Schlagzeilen, die jeder Einzelne interpretieren und bewerten muss. Die Analyse einer Schlagzeile anhand eines Mind-Maps soll den Schülern zeigen, wie sie zukünftig sicher im Umgang mit Nachrichten werden und wie sie politische Berichterstattung besser verstehen und einordnen können.

— Zu Aufgabe 1

Mögliche Lösungen:

CDU

- Partei
- konservativ
- stärkste Fraktion im Bundestag
- stellt Kanzlerin
- stellt zur Zeit die meisten Ministerpräsidenten (11 Länderregierungschefs)
- der größere Koalitionspartner

Länder

- Bundesländer (insgesamt 16)
- Föderalismus
- Ausführung der Bundesgesetze
- zwischen 3 und 6 Stimmen im Bundesrat (abhängig von Einwohnerzahl)

drohen

- (An-)Drohung
- nicht einverstanden
- Nachverhandlung
- Macht und Eigenständigkeit gegenüber der Bundesebene demonstrieren, obwohl selbe Partei

mit Nein

- Ablehnung/ keine Zustimmung
- Scheitern eines Gesetzes
- Vermittlungsausschuss
- andere Meinungen und Vorstellungen

im Bundesrat

- Verfassungsorgan
- Länderkammer
- Mitwirkung an der Gesetzgebung
- Zustimmung zu Bundesgesetzen nötig
- Mehrheit für CDU/CSU und FDP im Bundesrat

— **Tipp:** Hintergrund des Zeitungsartikels aus der Süddeutschen Zeitung vom 30. November 2009 war die Ablehnung von Steuersenkungen, die von der schwarz-gelben Bundesregierung geplant waren, durch die CDU-geführten Bundesländer (damals stellten CDU/CSU und FDP noch die Mehrheit im Bundesrat).

— **Tipp:** Hintergrundinformationen (mit Schaubildern) zum Bundesrat bzw. zur Gesetzgebung finden sich unter: www.bpb.de > Politik > Grundfragen > 24 x Deutschland > Bundesrat / Wie ein Gesetz entsteht

— Zu Aufgabe 2

Auf der Wandzeitung können alle Aspekte, die von den Arbeitsgruppen gefunden wurden, eingetragen werden. Danach können die Ergebnisse der einzelnen Arbeitsgruppen von den anderen Schülern kommentiert und ergänzt werden. Auch dies kann auf der Wandzeitung notiert werden.

AB 15 Sind wir schon auf Sendung? Politik und Medien

— Zu Aufgabe 1

Bei der Prämierung können auch unterschiedliche Kategorien gewählt werden: lustigste / verrückteste / realistischste Geschichte.

— Zu Aufgabe 2

Die Massenmedien, deren Handeln durch die Pressefreiheit geschützt ist, haben erstens eine Informationsfunktion. Sie gewährleisten, dass sich der Einzelne frei und nach seinen Vorlieben über (politische) Ereignisse informieren kann. Zweitens wirken sie daran mit, dass sich die Bevölkerung ihre Meinung über politische Vorgänge und Entscheidungen bilden kann (Meinungsbildungsfunktion). Weiterhin haben die Medien die Aufgabe, die Politik kritisch zu begleiten und politisches Handeln zu hinterfragen (Kontroll- und Kritikfunktion). Zusätzlich haben die Medien auch Interesse daran, ihr Publikum zu unterhalten (Unterhaltungsfunktion), und sie wollen natürlich auch – zumindest mit einem Teil ihres Programms – einen Bildungsauftrag wahrnehmen (Bildungsfunktion).

Alle Aussagen sind richtig und beziehen sich jeweils auf Teilaspekte der Funktionen von Massenmedien.

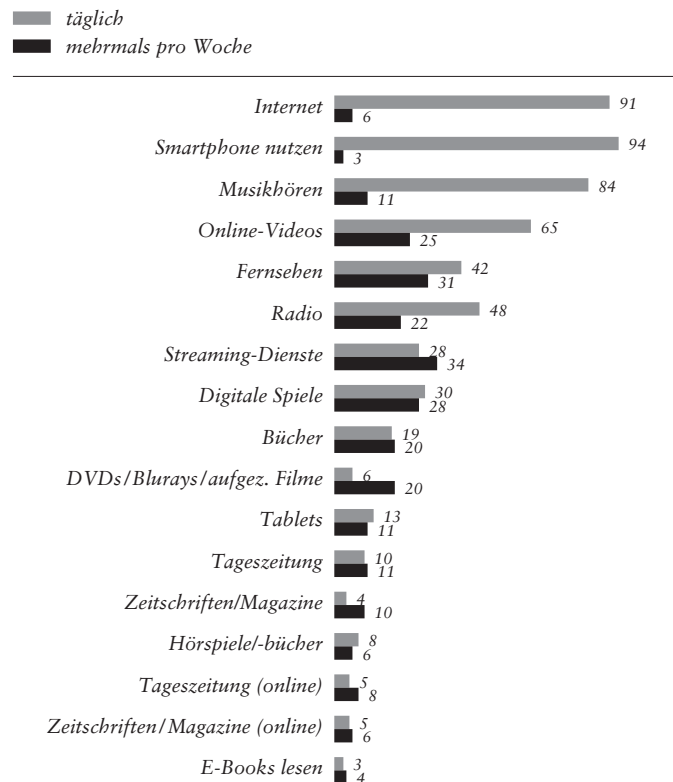
— **Tipp:** Das Thema Medien und Politik wird auch in den Themenblättern im Unterricht, Nr. 107 („Medien – die ‚vierte Gewalt‘“) ausführlicher dargestellt, online unter: www.bpb.de/themenblaetter

— Zu Aufgabe 3

Das Medienverhalten der Schüler kann auch mit repräsentativen Umfragen verglichen werden. Der Medienpädagogische Forschungsverbund Südwest erhebt regelmäßig Studien zu diesem Thema. In der rechten Spalte finden Sie ein Schaubild mit Zahlen aus der aktuellen Studie als Kopiervorlage („Medienbeschäftigung in der Freizeit 2018“).

— Medienbeschäftigung in der Freizeit 2018

befragt wurden 1.200 Jugendliche zwischen 12 und 19 Jahren (in Prozent)



Quelle: Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest, JIM-Studie 2009; © Leitwerk

— **Tipp:** Alle Ergebnisse der JIM-Studie 2018 sind über die Homepage des Medienpädagogischen Forschungsverbunds Südwest abrufbar: www.mpfs.de > JIM-Studie 2018

Im Zusammenhang mit dem optimalen Medienverhalten kann auf Aussage 7 (Aufgabe 2) verwiesen werden.

AB 16 Ansichtssache! Politik und Weltbild

1 Drei klassische Ideologien

Richtige Zuordnung: A: Konservatismus; B: Sozialismus; C: Liberalismus

2 Parteien und Grundüberzeugungen

— Zu Aufgabe 1

Sortierung der Parteien (absteigend nach Anzahl der Abgeordneten):

1. Unionsparteien (CDU/CSU)
2. Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)
3. Alternative für Deutschland (AFD)
4. Freie Demokratische Partei (FDP)
5. Die LINKE
6. Bündnis 90/Die Grünen

— Zu Aufgabe 2

Die vier vorgegebenen Gegensatzpaare sind so genannte Konfliktlinien (cleavages), die die Entstehung und Entwicklung von Parteiensystemen prägen. Die cleavage-Theorie wurde 1967 von Rokkan Stein und Seymour Martin Lipset entwickelt und erklärt Parteiensysteme seit dem 19. Jahrhundert. Wengleich sich die Bedeutung der Konfliktlinien in den letzten Jahrzehnten abgeschwächt hat, so können sie dennoch als Erklärungsansatz herangezogen werden. Auch das Wahlverhalten kann

mit Hilfe von Konfliktlinien teilweise erklärt werden, weil sich Wähler für solche Parteien entscheiden, die innerhalb der Konfliktlinien am ehesten ihre eigenen Positionen vertreten.

Bei der Aufgabe geht es nicht darum, die Parteien exakt zu verorten, sondern lediglich einen Trend anzugeben (z.B. welche Partei setzt sich eher für Umweltschutz ein als die anderen? Welche Parteien sind wirtschaftsfreundlicher als andere?)

➔ Ein Vorschlag, wie die Parteien auf den Konfliktlinien verortet werden könnten, findet sich im zweiten Lösungsteil als Schaubild.

Vor der Auflösung sollte darüber gesprochen werden, warum die Schüler sich so entschieden haben, und ihre Meinung zu den Positionen der Parteien kritisch reflektiert werden.

AB 17 Präsident oder doch eine Königin? Regierungssysteme im Vergleich

Land 1: Vereinigte Staaten von Amerika (USA)
Präsidentielles Regierungssystem

Reihenfolge der Begriffe: Macht (5) / Armee (2) / Bevölkerung (4) / Kongress (1) / Schauspieler (3)

Erklärungen: Der Kongress setzt sich aus den beiden Parlamentskammern Senat und Repräsentantenhaus zusammen. Die Wahlmänner (bei der letzten Wahl 2008: 538) werden pro Bundesstaat und dem Bundesdistrikt gewählt.

Land 2: Bundesrepublik Deutschland (BRD)
Parlamentarisches Regierungssystem

Reihenfolge der Begriffe: Parlament (4) / Mehrheit (2) / repräsentative (5) / Gesetzgebung (3) / Kaiser (1)

Erklärungen: Die zweite Kammer heißt Bundesrat. Letzter Kaiser war Wilhelm II., der 1918 abdanken musste. Zwischen 1933 und 1945 war Adolf Hitler Diktator und stand an der Spitze des nationalsozialistischen Verbrecherregimes.

Land 3: Schweiz (Schweizerische Eidgenossenschaft)
Parlamentarisches Regierungssystem mit direktdemokratischen und konsensorientierten Elementen

Reihenfolge der Begriffe: Wandern (3) / Referenden (4) / politische (2) / Verfassungsänderungen (5) / Einfluss (1)

Erklärungen: Ein Referendum ist eine Volksabstimmung (Volksentscheid). Die Schweiz gilt als eines der Mutterländer der direkten Demokratie. Hier werden auch die meisten Referenden durchgeführt.

Land 4: Vereinigtes Königreich (Großbritannien)
Parlamentarisches Regierungssystem (Westminster-Modell) und Parlamentarische (Konstitutionelle) Monarchie

Reihenfolge der Begriffe: Staatsoberhaupt (1) / Königin (3) / Regierungschefs (5) / schwarzen (4) / Victory (2)

Erklärungen: Queen Elizabeth II. ist seit 1952 Königin. Schwarzer Humor ist meistens makaber, ironisch oder sarkastisch. Beim Victory-Zeichen werden Zeige- und Mittelfinger der offenen Hand zu einem „V“ geformt. Dies ist besonders in der westlichen Welt ein Symbol für Sieg. Winston Churchill (Regierungschef zwischen 1940 und 1945 sowie 1951 und 1955) benutzte es während des Zweiten Weltkrieges.

Land 5: Islamische Republik Iran

Präsidentielles Regierungssystem mit sehr starken theokratischen Elementen (Einfluss islamischer Geistlicher auf die Politik)

Reihenfolge der Begriffe: Regierung (1) / Wahlvolk (5) / Geistliche (3) / Wächterrät (2) / Persien (4)

Erklärungen: Der letzte Schah Mohammad Reza Pahlavi regierte das Land zwischen 1941 und 1979. Mit der islamischen Revolution von 1979 wurde seine Herrschaft beendet und Ajatollah Chomeini übernahm als oberster Geistlicher die Führung des Landes.

AB 18 Politik wie Fußball? – Die Dimensionen des Politischen

— Zu den Aufgaben 1a und 1b

Richtige Zuordnungen der Dimensionen /

Wörter, an denen man die jeweilige Dimension erkennen kann:

Beispiel A: 1 / Regeln;

Beispiel B: 2 / Zweikampf;

Beispiel C: 3 / Ergebnis

— Zu Aufgabe 2

Richtige Zuordnungen der Begriffe:

1. Handlungsrahmen/Struktur (Polity)

- Menschenrechte
- Verfassung
- Demokratie
- Bundesstaat
- Europäischer Gerichtshof

2. Verlauf/Prozess (Politics)

- Schülerstreik gegen Bildungspolitik
- Kanzlerduell im Wahlkampf
- Demo von Bauern vor dem Bundestag
- Kultusminister verhandeln über Bildungsabschlüsse
- Debatte im Gemeinderat

3. Ergebnis/Inhalt (Policy)

- Kindergelderhöhung
- Parteiprogramm
- neues Gesetz zur Klimapolitik
- Beschluss über eine Ausbildungsplatzabgabe
- Gesundheitsreform

AB 19 Macht – Konflikte – Werte? Zentrale Begriffe des Politischen

— Zu Aufgabe 1

Zu findende zentrale Begriffe:

A: Führung / Kunst; B: Kampf / Ordnung; C: Konflikte / Werte;

D: Machtverteilung / Staaten; E: Macht; F: Friede; G: Interessen / Parteien / Klassen; H: Prozesse / Entscheidungen / Anerkennung

— Zu Aufgabe 2

Alle Zitate beschreiben den politischen Prozess, legen aber das Augenmerk auf unterschiedliche Bereiche (z.B. D und E: Macht) oder sind durch bestimmte politische Theorien (z.B. G: Marxismus-Leninismus; H: Systemtheorie) geprägt. Am allgemeinsten ist Zitat C von Gerhard Lehbruch.

— Zu Aufgabe 3

Im Anhang finden Sie die Blanks-Tabu-Karten (sowie ein Ausfüll-Muster) als Kopiervorlage.

— **Tipp:** Eine ausführliche Spielanleitung ist abrufbar in der Methodendatenbank der Infostelle des Deutschen Kinderhilfswerkes unter: www.kinderpolitik.de > Methodendatenbank > Schnellsuche: Tabu

AB 20 Weißt du Bescheid?

Politik kreuz und quer

➔ Das ausgefüllte Kreuzworträtsel findet sich im Anhang als Vorlage für den Beamer/Projektor. Das Lösungswort lautet: Politikverdrossenheit

Als Zusatzaufgabe nach dem Lösen des Kreuzworträtsels kann über den Begriff Politikverdrossenheit diskutiert werden. Eine Formulierung für den Arbeitsauftrag könnte lauten:

„Führe mit deinen Mitschülern eine Abstimmung durch, ob ihr euch (stark) interessiert für Politik oder eher weniger bzw. überhaupt nicht, und diskutiert, ob der Lösungsbegriff auch auf euch zutrifft. Anschließend kann das Klassenergebnis mit dem Ergebnis der 2019 durchgeführten Shell-Studie verglichen werden, an der sich über 2.752 Jugendliche in Deutschland beteiligten.“

— **Tipp:** Insgesamt 41% der Jugendlichen bezeichnen sich selbst als politisch interessiert (8% „stark interessiert“, 33% „interessiert“). Dabei sehen sich männliche Jugendliche etwas häufiger als politisch interessiert als weibliche Jugendliche (44% zu 38%). Weitere Infos zur Shell Jugendstudie gibt es hier: www.shell.de/ueber-uns/shell-jugendstudie.html

In der Diskussion sollte darauf geachtet werden, dass der Begriff Politikverdrossenheit kritisch hinterfragt wird, da oftmals damit eher eine Verdrossenheit gegenüber den Politikern oder den Parteien ausgedrückt wird. Außerdem können die Inhalte der Arbeitsblätter 01 und 02 aufgegriffen und besprochen werden, ob Politik nicht so oft in unserem Alltag vorkommt, dass man der Politik gar nicht ausweichen kann.

Die Arbeitsblätter 06 und 07 können hinzugezogen werden, wenn es um die Meinungen gegenüber den Politikern geht. Die Inhalte der Arbeitsblätter 12 und 13 können einbezogen werden, wenn es in der Diskussion darum geht, Abhilfemöglichkeiten gegen Politikverdrossenheit zu erörtern und das eigene politische Handeln zu thematisieren.



Politik für Einsteiger

II. Lösungen und Kopiervorlagen

AB 01 Politik im Alltag – Ist manchmal mehr drin, als draufsteht?

➔ Anbei finden Sie eine beispielhaft ausgefüllte Tabelle zu den Aufgaben 1 und 2. Sie enthält eine kleine Auswahl von Antwort- und Lösungsmöglichkeiten. Für die Auswertung des Arbeitsblattes kann eine solche Tabelle an die Tafel gezeichnet und anschließend gemeinsam ausgefüllt werden.

— Beispiele / Illustrationen	— Kategorie / Überbegriff	— Politik	— Weitere Beispiele
Horrorfilme; gewaltverherrlichende Filme und Musik; Kino- und Konzertbesuche; Freiwillige Selbstkontrolle der Filmwirtschaft (FSK)	Kinder- und Jugendschutz	Jugendschutzgesetz (Bundesgesetz) und Jugendmedienschutz-Staatsvertrag; Altersfreigabe für Filme, Musik oder Computerspiele	Killerspiele; Alkoholverbot; Rauchverbot an Schulen
Lebensmittel	Verbraucherschutz	Lebensmittelkontrollen (z.B. Gammelfleisch); Öko-Siegel	Stiftung Warentest; Verbraucherschutzzentralen
Nutztiere (Schwein, Kuh, Hühner)	Landwirtschaft	Subventionen durch die EU; Vorschriften zur Tierhaltung (z.B. keine Legebatterien)	Milchquote
Öffnungszeiten	Handel	Ladenschlussgesetz; Arbeitsbedingungen; Mindestlohn	Sonntagsöffnung; Datenschutz
Tabletten	Gesundheit	Apothekenpflicht; Arzneimittelgesetz und -verordnung; Betäubungsmittelgesetz	Zuzahlungen; Gesundheitsreform; Gesundheitsfonds; Drogen in Tablettenform;
Windräder; Umweltzone; Umweltplakette; Schulbus	Umweltschutz; Energieversorgung	Feinstaubverordnung; Richtwerte für Kfz-Emissionen; Bundes-Immissionsschutzgesetz; Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG); Förderung von Öko-Strom	Solarstrom; Atomausstieg; Erdgas-Pipeline
Schulbus	Schülerbeförderung	Zuschüsse durch die Kommune; Busfahrpläne	Fahrpreise; zusätzliche Ticket- und Fahrangebote (Ferientarif)
Schulbus; Umweltplakette	Verkehr	Öffentlicher Personennahverkehr (ÖNVP); Ministerverordnung	Tempolimit; TÜV; Katalysator; Nachtbusse; Abwrackprämie
Hartz IV; Geldscheine	Arbeit und Soziales	Sozialgesetzgebung; Arbeitsmarktförderung	Lohnzuschuss; Umschulung; Kurzarbeitergeld
Wahlzettel	Wahlen; Demokratie	Wahlen, Wahlkampf	Direkte Demokratie, Abstimmungen, Volksbefragung
Geldscheine	Finanzen; Staatshaushalt	Geldpolitik durch die EZB; Steuern; Schulden	Steuersenkungen; Zinsen; Bankenrettungsschirm
Pullover	Herstellung; Handel	Importbedingungen; Handelsverträge; Arbeitsbedingungen (Verbot von Kinderarbeit)	Welthandelsorganisation; Sicherung der einheimischen Textilindustrie



Politik für Einsteiger

II. Lösungen und Kopiervorlagen

AB 03 Was – Wie – Wer? Vom Problem zur Lösung

➔ Anbei finden Sie Vorschläge, wie die Tabelle ausgefüllt werden könnte. Falls sich die Schülergruppen schwer tun, die Fragen zu beantworten, können einzelne Beispiele aus der Tabelle vorgegeben werden.

— 1. Forderung	— 2. Was ist das Problem?	— 3. Wie könnte man es lösen?	— 4. Wer kann das Problem lösen?
A Verkehrswende statt Weltende	Treibhausgas-Emissionen des Verkehrs angestiegen, statt zu sinken; hohe Emissionen bei Flugverkehr	Verlagerung des Verkehrs auf öffentliche Verkehrsmittel (Bahnen, Busse); Vergünstigung des ÖPNV und der Bahntickets; Umstieg auf alternative Antriebstechnologien (z. B. E-Mobilität) und staatliche Förderung; Lenkungswirkung durch Besteuerung von Kraftstoffen; Vermeidung von Flugreisen	Bundesregierung und Parlament mit nationalen Beschlüssen; Landesregierung und Kommune; Verbraucher; Automobilbranche
B „Kohleausstieg bis 2030“	fossile Brennstoffe tragen erheblich zu CO ₂ -Emissionen bei (z.B. Ausstoß von Kohlekraftwerken)	Umstieg auf erneuerbare Energieträger wie Wind, Sonne, Wasser; Entwicklung und Umstieg auf klimafreundliche Alternativen (z. B. Wasserstoff bei der Stahlgewinnung)	Bundeswirtschafts- und forschungsministerium; Stromerzeuger; energieintensive Industrien; Verbraucher
C „Einhaltung des Pariser Abkommens“	bisherige Maßnahmen zur Begrenzung der Erderwärmung auf unter 2 Grad Celsius sowie zur CO ₂ -Neutralität bis Mitte des 21. Jahrhunderts unzureichend	Gesetze und Maßnahmen, um Treibhausgasemissionen deutlich zu reduzieren, z.B. Klimaschutzprogramm 2030 der Bundesregierung (allerdings umstritten, da von Einigen als nicht ausreichend erachtet)	Bundesregierung mit nationalen Beschlüssen, um Ziele zu erreichen; Maßnahmen auf Landes- und kommunaler Ebene; jeder Einzelne in seinem Konsumverhalten
D „100 % erneuerbare Energieversorgung“	Umstellung der Stromerzeugung auf ausschließlich erneuerbaren Energiequellen wie Sonne, Wasser- und Windkraft, Biomasse oder Geothermie	Gesetze zur Förderung der erneuerbaren Energien (z. B. Erneuerbare-Energien-Gesetz von 2000); Abschaltung von Kohlekraftwerken (Kohleausstieg bis 2038); Atomausstieg in Deutschland bis 2022; Bau von Stromanlagen für erneuerbare Energien durch große Stromanbieter; Angebot von Öko-Strom durch Stadtwerke; Nutzung von Öko-Strom durch Konsumenten; private Photovoltaik-Anlagen	Bundes- und Landesregierungen; Stromerzeuger und -anbieter (z. B. Stadtwerke); Konsumenten; Hausbesitzer
E „Energiewende sozial und gerecht gestalten!“	Folgekosten der Klimawende können einkommensschwache Haushalte und bestimmte Personengruppen (z. B. Pendler) übermäßig belasten	staatliche Ausgleichsmaßnahmen (z. B. Erhöhung der Pendlerpauschale); weniger Pendlerverkehr durch neue Arbeitsmodelle (z.B. Telearbeit); Umstieg auf ÖPNV oder Fahrgemeinschaften	Bundesregierung und Parlament; Arbeitgeber; Arbeitnehmer
F „Saisonal ist erste Wahl“	nicht saisonale Lebensmittel haben lange Transportwege oder werden mit erhöhtem Energieaufwand erzeugt	Kauf von saisonalen (und regionalen) Lebensmitteln; Verzicht auf Fertigprodukte; Informationskampagnen	Konsumenten; Lebensmittelproduzenten; Lebensmittel-discounter und -einzelhändler
G „Klimawandel verschärft Hunger“	durch den Klimawandel mitverursachte Hitzewellen und Dürren führen zu Missernten und weniger Erträgen; Menschen können sich nicht mehr ausreichend selbst ernähren	Umsetzung der internationalen Vereinbarungen zum Klimawandel; spezifische Programme der Entwicklungszusammenarbeit; finanzielle Unterstützung der Entwicklungsländer; Umstellung der Landwirtschaft	Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit; Akteure der Entwicklungszusammenarbeit (NGOs)



Politik für Einsteiger

II. Lösungen und Kopiervorlagen

AB 10 Gibt es da noch mehr? Akteure außerhalb der großen Politik (1)

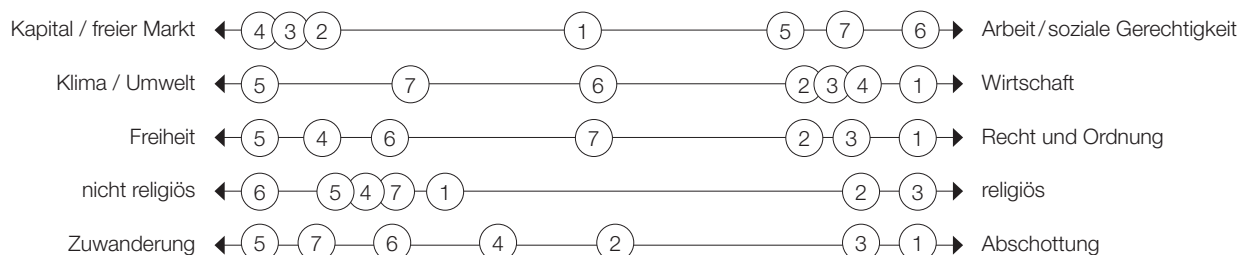
➔ Anbei finden Sie eine ausgefüllte Tabelle mit den richtigen Antworten sowie Informationen zu der jeweiligen Organisationsform. Falls das Ausfüllen zu schwer ist, kann auch zuerst AB 11 bearbeitet werden. Anschließend können die dort aufgeführten Merkmale richtig zugeordnet werden.

— Beispiel / Richtige Antwort	— Mitgliederstruktur	— Dauerhaftigkeit	— Interessen
A Bürgerinitiative	lose Mitgliedschaft und Beteiligung; oftmals basisdemokratisch organisiert; oftmals Wahl eines Sprechers	zeitlich begrenzt (Gründung bei konkretem Anlass)	ein bestimmtes Problem/Thema (meistens lokal, regional)
B Interessengruppe	feste (eingetragene) Mitgliedschaft; Mitgliedsbeiträge; demokratische Innenstruktur (z. B. gewählter Vorsitzender)	dauerhaft	Bedürfnisse und Interessen der Mitglieder (z.B. von Unternehmern, Arbeitnehmern)
C Nicht-Regierungsorganisation	feste Mitgliedschaft; demokratische Innenstruktur (gewählter Vorstand); auch Spenden oder Beteiligung an Einzelaktionen möglich	dauerhaft	(zivil)-gesellschaftliche Interessen; deutliche Abgrenzung von Politik und Wirtschaft (Dritter Sektor)
D Neue Soziale Bewegung	lose organisiert; spontane Zusammenkünfte/Aktionen	zeitlich begrenzt bis dauerhaft; Bedeutungsverlust, wenn Themen von anderen Akteuren aufgegriffen werden oder Missstände behoben werden	Interessen gesellschaftlicher Gruppen, die von etablierter Politik enttäuscht sind (neuer Politikstil; neue Beteiligungsformen)

AB 16 Ansichtssache! Politik und Weltbild

➔ Anbei finden Sie einen Vorschlag, wie die Parteien auf den Konfliktlinien verortet werden könnten. Die Nennung der Parteien folgt dem Alphabet.

- | | |
|--|--|
| 1. Alternative für Deutschland (AfD) | 5. Bündnis 90/Die Grünen |
| 2. Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU) | 6. Die Linke |
| 3. Christlich Soziale Union Deutschlands (CSU) | 7. Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) |
| 4. Freie Demokratische Partei (FDP) | |





Politik für Einsteiger

II. Lösungen und Kopiervorlagen

AB 13 Politik mitgestalten, aber wie? Möglichkeiten der Beteiligung

➔ Anbei finden Sie zwei Tabellen mit Ergebnissen einer repräsentativen Umfrage im Rahmen des DJI-Survey 2006.

— Bereitschaft und Aktivität zur politischen Partizipation bei 12- bis 15-Jährigen (insgesamt / weiblich / männlich)

Aktionsform	Bereitschaft (in Prozent) „Würde ich machen...“	Aktivität (in Prozent) „Hab ich schon gemacht...“
Briefe/Mails an Politiker*innen schreiben	31 / 37 / 26	4 / 5 / 3
Mitarbeit in Mitbestimmungsgremium in Schule, Gemeinde oder Stadt	48 / 55 / 41	17 / 19 / 14
Schreiben von Leser*innenbriefen/Mails	38 / 46 / 30	7 / 9 / 6
Mitarbeit in Jugendorganisation einer Partei	20 / 25 / 16	2 / 1 / 2
Spenden für einen guten Zweck	72 / 80 / 65	45 / 51 / 39
sich an Unterschriftensammlung beteiligen	78 / 83 / 73	44 / 48 / 39
Teilnahme an einer Demonstration	45 / 50 / 39	19 / 23 / 15

— Bereitschaft und Aktivität zur politischen Partizipation bei 16- bis 29-Jährigen (insgesamt / weiblich / männlich)

Aktionsform	Bereitschaft (in Prozent) „Würde ich machen...“	Aktivität (in Prozent) „Hab ich schon gemacht...“
Beteiligung an Wahlen	92 / 92 / 92	80 / 79 / 80
Absichtliches Nichtwählen	15 / 14 / 16	10 / 9 / 10
Wahl einer extremen Partei	9 / 6 / 11	4 / 2 / 5
Briefe/Mails an Politiker*innen schreiben	31 / 32 / 29	8 / 9 / 8
Teilnahme an öffentlichen Diskussionen	46 / 46 / 46	23 / 20 / 25
Politisches Amt übernehmen	16 / 14 / 19	2 / 1 / 2
Mitarbeit in Mitbestimmungsgremium in Betrieb, Schule, Ausbildungsstätte	54 / 55 / 54	27 / 26 / 28
Schreiben von Leser*innenbriefen/Mails	31 / 32 / 29	7 / 7 / 8
aktive Parteiarbeit	19 / 16 / 22	2 / 1 / 3
Mitarbeit in Bürgerinitiative	35 / 37 / 33	5 / 5 / 5
in anderer politischer Gruppierung mitmachen	17 / 15 / 19	3 / 2 / 4
Spenden für politische Zwecke	23 / 23 / 24	7 / 7 / 7
sich an Unterschriftensammlung beteiligen	80 / 81 / 78	60 / 61 / 58
Teilnahme an genehmigter Demonstration	60 / 60 / 60	32 / 32 / 33
Teilnahme an nicht genehmigter Demonstration	21 / 17 / 24	7 / 6 / 9
Teilnahme an gewerkschaftlichem Streik	41 / 38 / 44	5 / 3 / 7
Hausbesetzung	8 / 7 / 9	1 / 1 / 1
Beteiligung an wildem Streik	7 / 6 / 8	1 / 1 / 1
Teilnahme an Aktionen mit möglicher Sachbeschädigung	4 / 2 / 6	3 / 2 / 4
Teilnahme an Aktionen mit möglichem Personenschaden	6 / 4 / 8	2 / 1 / 3
Beteiligung an einem Boykott	25 / 20 / 30	9 / 7 / 11



Politik für Einsteiger

II. Lösungen und Kopiervorlagen

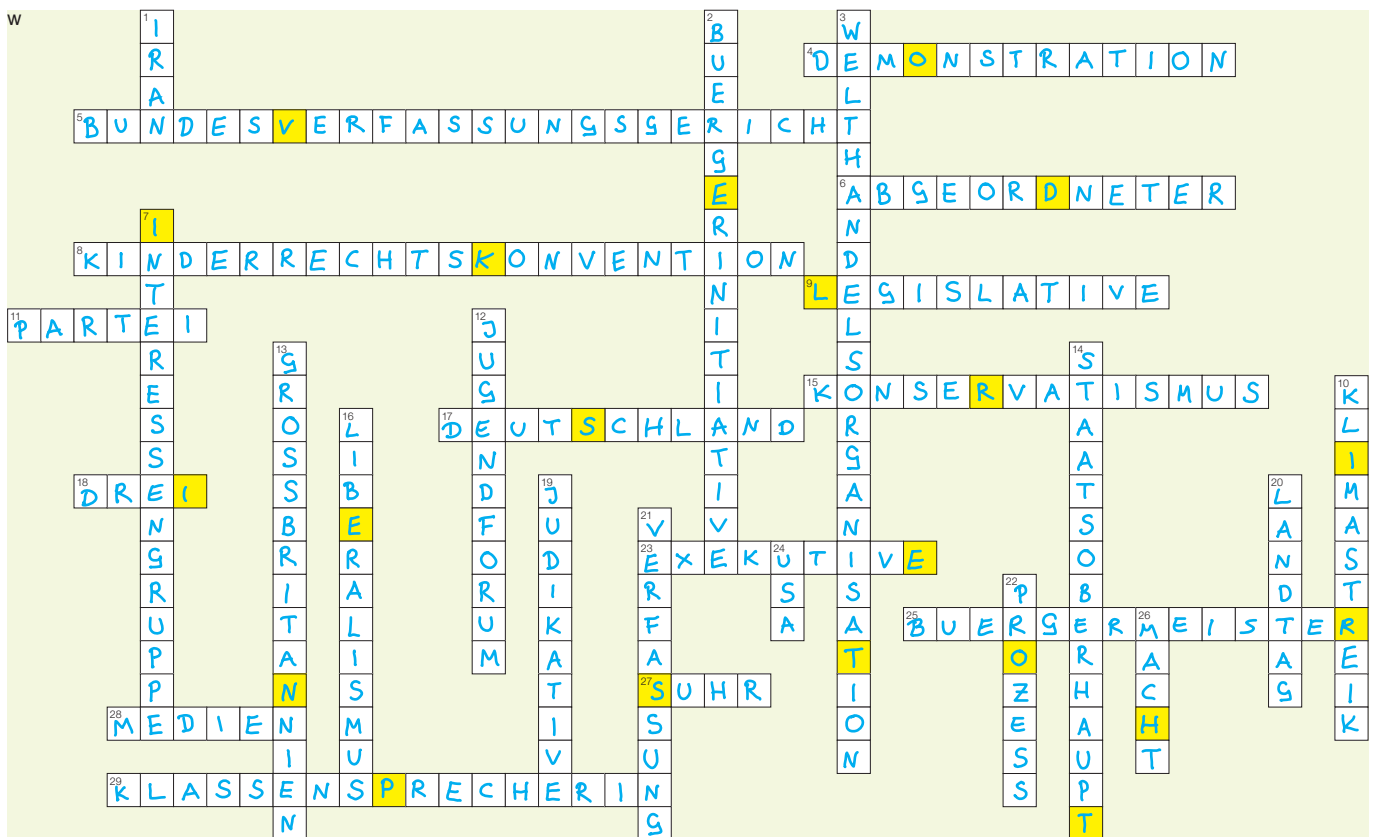
AB 19 Macht – Konflikte – Werte? Zentrale Begriffe des Politischen

➔ Anbei finden Sie für das Tabu-Spiel eine ausgefüllte Musterkarte sowie Blanko-Karten als Kopiervorlage.

<h3>Macht</h3> <p>➔ Bei der Umschreibung nicht verwendet werden dürfen:</p> <ul style="list-style-type: none">- Chef- Befehl- Herrscher- Wille- Durchsetzung- Stärke- Schwäche 	<p>➔ Bei der Umschreibung nicht verwendet werden dürfen:</p> <ul style="list-style-type: none">-------	<p>➔ Bei der Umschreibung nicht verwendet werden dürfen:</p> <ul style="list-style-type: none">-------	<p>➔ Bei der Umschreibung nicht verwendet werden dürfen:</p> <ul style="list-style-type: none">-------
<p>➔ Bei der Umschreibung nicht verwendet werden dürfen:</p> <ul style="list-style-type: none">-------	<p>➔ Bei der Umschreibung nicht verwendet werden dürfen:</p> <ul style="list-style-type: none">-------	<p>➔ Bei der Umschreibung nicht verwendet werden dürfen:</p> <ul style="list-style-type: none">-------	<p>➔ Bei der Umschreibung nicht verwendet werden dürfen:</p> <ul style="list-style-type: none">-------
<p>➔ Bei der Umschreibung nicht verwendet werden dürfen:</p> <ul style="list-style-type: none">-------	<p>➔ Bei der Umschreibung nicht verwendet werden dürfen:</p> <ul style="list-style-type: none">-------	<p>➔ Bei der Umschreibung nicht verwendet werden dürfen:</p> <ul style="list-style-type: none">-------	<p>➔ Bei der Umschreibung nicht verwendet werden dürfen:</p> <ul style="list-style-type: none">-------

Politik für Einsteiger

III. Anhang: Vorlage für Beamer/Projektor



— **Darum geht's:** In diesem Kreuzworträtsel kommen Begriffe vor, die dir in den Arbeitsblättern begegnet sind. In die richtige Reihenfolge gebracht bezeichnen die Buchstaben in den gelb markierten Feldern eine Erscheinung, wogegen die Bundeszentrale für politische Bildung allerlei Mittel bereithält: **P O L I T I K V E R D R O S S E N H E I T**.

— Waagrecht

- 4 Begriff dafür, wenn Menschen öffentlich mit Transparenten auf ihre Forderung aufmerksam machen
- 5 Organ in Deutschland, welches Gesetze und politische Entscheidungen auf Übereinstimmung mit der Verfassung überprüft
- 6 Gewählter Vertreter des Volkes im Parlament (männliche Form)
- 8 Vertrag, der die Rechte von Kindern und Jugendlichen international festschreibt
- 9 Bezeichnung für die gesetzgebende Gewalt
- 11 Bezeichnung für eine politische Gruppierung, die bei Wahlen um Stimmen kämpft
- 15 Weltanschauung, die u.a. religiöse Werte betont und Veränderungen nur behutsam durchführen will
- 17 Land mit einem parlamentarischen Regierungssystem und einer Bundeskanzlerin
- 18 Anzahl der politischen Dimensionen
- 23 Bezeichnung für die ausführende Gewalt
- 25 Oberhaupt einer Kommune und Chef der Gemeinde- bzw. Stadtverwaltung
- 27 Nachname des Regierenden Bürgermeisters von Berlin von 1955-57, der Politik als „Kampf um die (ge-)rechte Ordnung“ ansieht
- 28 Gruppe von Akteuren, die die Kommunikation zwischen Politik und Bevölkerung ermöglichen und als „Vierte Gewalt“ bezeichnet werden
- 29 Bezeichnung für ein Amt an der Schule, das die Interessen einer Klasse vertritt (weibliche Form)

— Senkrecht

- 1 Land, in dem Geistliche die Politik maßgeblich bestimmen
- 2 Bezeichnung für einen kurzlebigen, wenig organisierten Zusammenschluss von Menschen einer Region, die für die Lösung eines bestimmten Problems protestieren
- 3 Organisation, die Welthandel regelt
- 7 Organisation mit festen Strukturen, die die Anliegen einer bestimmten gesellschaftlichen oder wirtschaftlichen Gruppe vertritt
- 10 Begriff für Proteste von Schülern und Studenten 2019
- 12 Bezeichnung für eine mögliche Beteiligungsform von Jugendlichen an der Politik
- 13 Land mit einer Königin als Staatsoberhaupt, das trotzdem eine parlamentarische Demokratie ist
- 14 Person, die an der Spitze eines Staates steht
- 16 Ideologie, welche die Freiheit des Einzelnen und des Marktes betont
- 19 Bezeichnung für die rechtssprechende Gewalt
- 20 Häufige Bezeichnung für das Parlament in den Bundesländern
- 21 Bezeichnung für das höchste Rechtsdokument eines Landes, in dem u.a. die Staatsziele und der Staatsaufbau festgeschrieben sind
- 22 Dimension der Politik
- 24 Land mit einem Präsidenten als Staatsoberhaupt und Spitze der Regierung
- 26 Zentraler Politikbegriff bei Max Weber und Nicolo Machiavelli